Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/11076

18. 06. 98

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (10. Ausschuß)

1. zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
   – Drucksache 13/9442 –

   Waldzustandsbericht der Bundesregierung 1997
   – Ergebnisse der Waldschadenserhebung –

2. a) zu dem Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.
   – Drucksache 13/10535 –

   b) zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Steffi Lemke, Ulrike Höfken, Gila Altmann (Aurich), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
   – Drucksache 13/10554 –

   zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
   – Drucksache 13/9442 –

   Waldzustandsbericht der Bundesregierung 1997
   – Ergebnisse der Waldschadenserhebung –

3. zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der SPD
   – Drucksache 13/10539 –

   a) zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
   – Drucksache 13/9442 –

   Waldzustandsbericht der Bundesregierung 1997
   – Ergebnisse der Waldschadenserhebung –

   b) zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
   – Drucksachen 13/8493, 13/10374 –

   Waldbericht der Bundesregierung

A. Problem

Auf Grund der vielfältigen Funktionen der Waldflächen und den damit verbundenen Problemen besteht ein regelmäßiges Informationsbedürfnis des Deutschen Bundestages über den Zustand des Waldes. Die Bundesregierung informiert seit 1984 deshalb jährlich über das Ausmaß und die Entwicklung der Waldschäden, bewertet die Situation in den Waldökosystemen unter den vielfältigen und komplexen Einflüssen der Umwelt und stellt die Maßnahmen zur Behebung von Waldschäden dar.

Die Fraktionen CDU/CSU und F.D.P., SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben auf den Drucksachen 13/10535, 13/10539 und 13/10554 Entschließungsanträge zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung auf Drucksache 13/9442 eingebracht, wobei die Fraktion der SPD zusätzlich zur Unterichtung durch die Bundesregierung auf Drucksache 13/8493 zum Waldbericht der Bundesregierung und zur Beschlußempfehlung des 10. Ausschusses auf Drucksache 13/10374 Bezug genommen hat.

B. Lösung

Der Waldzustandsbericht der Bundesregierung 1997 wird zur Kenntnis genommen. Annahme des Entschließungsantrags der Koalitionsfraktionen auf Drucksache 13/10535, Ablehnung der Entschließungsanträge auf den Drucksachen 13/10539 und 13/10554.

Mehrheitsbeschlüsse im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Waldzustandsbericht der Bundesregierung 1997 – Drucksache 13/9442 – zur Kenntnis zu nehmen,
2. den Entschließungsantrag – Drucksache 13/10535 – unverändert anzunehmen,
3. den Entschließungsantrag – Drucksache 13/10554 – abzulehnen und
4. den Entschließungsantrag – Drucksache 13/10539 – abzulehnen.

Bonn, den 17. Juni 1998

Der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Peter Harry Carstensen (Nordstrand)	**Heidemarie Wright**	**Hans-Ulrich Köhler (Hainspitz)**
Vorsitzender	Berichterstatterin	Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Hans-Ulrich Köhler (Hainspitz) und Heidemarie Wright

I.

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 233. Sitzung am 30. April 1998 den **Waldzustandsbericht 1997** auf **Drucksache 13/9442** zur federführenden Beratung an den Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie zur Mitberatung an den Ausschuß für Verkehr, den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und den Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung überwiesen.

Die Fraktionen CDU/CSU und F.D.P., SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung **Entschließungsanträge** auf den **Drucksachen 13/10535, 13/10539 und 13/10554** eingebracht, die in derselben Sitzung an den Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zur federführenden Beratung und an den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie zusätzlich an den Ausschuß für Verkehr (Drucksache 13/10539) und an den Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung (Drucksachen 13/10539 und 13/10554) zur Mitberatung überwiesen wurden.

II.

Seit 1984 führen die Länder in der Bundesrepublik Deutschland die Waldschadenserhebung nach einem einheitlichen, mit dem Bund abgestimmten und von Wissenschaftlern entwickelten Verfahren durch, um Zustand und Ausmaß der Schäden festzustellen. Dieses Verfahren liefert mit vertretbarem Aufwand kurzfristig verfügbare Angaben über den Waldzustand. Das Ergebnis der Erhebung gibt einen Überblick über das Ausmaß der Waldschäden und wird durch den Waldzustandsbericht der Bundesregierung dokumentiert.

Diese jährliche Waldschadenserhebung liefert in Verbindung mit anderen Übersichtserhebungen, wie der Bodenzustandserhebung im Wald, dem intensiven Monitoring auf Dauerbeobachtungsflächen und der Waldökosystemforschung die notwendigen Daten für eine Überwachung der aktuellen Situation der Wälder und der „Neuartigen Waldschäden". Die kontinuierliche Erhebung dient zugleich als wichtige Grundlage für Forst- und Umweltpolitik. Die Methode der Waldschadenserhebung wird auch auf europäischer Ebene angewandt.

Im Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. auf Drucksache 13/10535 wird u. a. feststellt, daß sich der Zustand der Wälder insgesamt stabilisiert habe und seit 1992 vor allem in den ostdeutschen Ländern ein Rückgang der Waldschäden festgestellt werden könne. Gleichfalls zeige der Bericht die Notwendigkeit, die Problematik der Waldschäden nicht pauschal, sondern differenziert zu beurteilen. Die Stabilisierung des Waldzustandes sei zweifellos ein Ergebnis der konsequenten Luftreinhaltepolitik der Bundesregierung.

Die Bundesregierung wird deshalb aufgefordert, die Maßnahmen im Rahmen des Aktionsprogrammes „Rettet den Wald" fortzuführen sowie weiterhin forstliche Maßnahmen zu unterstützen, um die Widerstandsfähigkeit der Wälder gegen Schadeinflüsse zu erhöhen, gute Rahmenbedingungen für den verstärkten Absatz von einheimischem Holz zur Stärkung der deutschen Holz- und Forstwirtschaft zu gewährleisten sowie die Forschungen über die Ursachen der Waldschäden weiter zu fördern.

Der Entschließungsantrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 13/10539 stellt u. a. fest, daß die Belastung des Waldes durch Luftschadstoffe sich nicht zum Besseren entwickelt habe. Verantwortlich für die Waldschäden blieben nach wie vor die Emissionen aus Straßenverkehr, Industrie, Haushalten und Landwirtschaft. Regionale Schwankungen im Schadensverlauf und leichte prozentuale Verbesserungen bei einzelnen Baumarten gegenüber dem Vorjahr seien vorwiegend auf die günstige Witterung zurückzuführen. Der Bundesregierung fehle ein Konzept, um die Schadstoffbelastungen des Waldes entscheidend zu verringern und um die naturnahe Waldbewirtschaftung in Kooperation mit den Bundesländern und Gemeinden durchzusetzen sowie durch ein europaeinheitliches Zertifikations- und Kennzeichnungssystem die Verbraucher zur vermehrten Verwendung einheimischer Hölzer zu motivieren. Die Bundesregierung wird daher erneut aufgefordert, ein klares Konzept zur wirksameren Bekämpfung der Waldschäden vorzulegen, die Multifunktionalität des Waldes zu erhalten und die Nutzung der ökonomischen Potentiale sicherzustellen. Darüber hinaus wird die Bundesregierung aufgefordert, sich national sowie auf europäischer und internationaler Ebene für verbindliche Regelungen zur Durchsetzung einer naturnahen nachhaltigen und umweltgerechten Waldbewirtschaftung einzusetzen.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellt in ihrem Entschließungsantrag auf Drucksache 13/10554 u. a. fest, daß wie schon in den beiden vergangenen Jahren auch 1997 insgesamt eine Stabilisierung des Waldes festzustellen sei. Es bestünden jedoch regional und nach Baumarten differenziert erhebliche Unterschiede bei den Waldschäden. Das Waldökosystem sei nach wie vor verbesserungswürdig. Um die Waldschäden langfristig zu reduzieren, sei es erforderlich, eine Verknüpfung der Daten aus der Bodenzustandserhebung, der Waldernährungserhebung und weiteren flächenbezogenen Informationssystemen vorzunehmen, um die Kontinuität der Zeitreihe zu wahren und den Waldzustandsbericht gleichzeitig auf eine breitere wissenschaftliche Basis

zu stellen. Die Bundesregierung wird deshalb u. a. aufgefordert, die Luftschadstoffe durch verschiedene Maßnahmen drastisch zu reduzieren und dies durch die Einführung einer CO_2-/Energiesteuer gemäß dem Verursacherprinzip durchzusetzen.

III.

Der mitberatende **Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat in seiner 69. Sitzung am 11. Februar 1998 den Waldzustandsbericht der Bundesregierung 1997 auf Drucksache 13/9442 einvernehmlich zur Kenntnis genommen. Die Fraktion der SPD hat zum Waldzustandsbericht der Bundesregierung 1997 einen Entschließungsantrag im Ausschuß eingebracht, der mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS abgelehnt wurde.

In seiner 78. Sitzung am 17. Juni 1998 hat der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit beschlossen, auf eine Mitberatung der Entschließungsanträge auf den Drucksachen 13/10535, 13/10539 und 13/10554 zu verzichten.

Der mitberatende **Ausschuß für Verkehr** hat in seiner 73. Sitzung am 27. Mai 1998 einstimmig beschlossen, den Waldzustandsbericht der Bundesregierung 1997 zur Kenntnis zu nehmen.

Der Entschließungsantrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 13/10539 wurde mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS abgelehnt.

Der mitberatende **Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlagen in seiner Sitzung am 27. Mai 1998 behandelt. Der Ausschuß hat den Waldzustandsbericht der Bundesregierung 1997 auf Drucksache 13/9442 einvernehmlich zur Kenntnis genommen.

Der Entschließungsantrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 13/10539 wurde mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abwesenheit der Gruppe der PDS abgelehnt.

Der Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 13/10554 wurde mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. und einigen Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Stimmenthaltung eines großen Teils der Fraktion der SPD und bei Abwesenheit der Gruppe der PDS abgelehnt.

IV.

Der **Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten** hat in seiner 99. Sitzung am 17. Juni 1998 die Vorlagen behandelt und auf die Aussprache im Plenum anläßlich der Überweisung der Vorlagen in der 233. Sitzung am 30. April 1998 verwiesen, in der die unterschiedlichen Standpunkte und Bewertungen bereits erörtert worden seien.

Gleichwohl wurde seitens der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. darauf verwiesen, daß der Bericht einen allgemeinen Überblick über die Situation des Waldes sowie über die Forst- und Holzwirtschaft gebe, der die vielfältigen Funktionen des Waldes und seiner ganzen Bandbreite würdige. Der Waldzustandsbericht 1997 lege verstärkt Wert auf eine konzeptionelle Darstellung des Umweltmonitorings im Wald und der Ergebnisse der Monitoringaktivitäten. So könne mit diesem Bericht erstmals auf die Ergebnisse der bundesweiten Bodenzustandserhebung im Wald eingegangen werden sowie auch eine Darstellung der Ergebnisse der Waldforschung der Bundesforschungsanstalt für Forst- und Holzwirtschaft und weiterer Forschungseinrichtungen wiedergegeben werden. Des weiteren sei zu begrüßen, daß sich die Bundesregierung für die Erhaltung der ökologischen Funktionen der Wälder einsetze sowie auch die Rahmenbedingungen für den verstärkten Absatz von einheimischem Holz zur Stärkung der deutschen Forst- und Holzwirtschaft gewährleiste.

Seitens der Fraktion der SPD wurde insbesondere die fortschreitende Schädigung der heimischen Laubbaumarten kritisiert. Die Bundesregierung habe kein Konzept, um die Schadstoffbelastungen des Waldes entscheidend zu verringern. Ebenso habe sie kein Konzept, um die naturnahe Waldbewirtschaftung in Kooperation mit den Bundesländern und Gemeinden durchzusetzen, um die Verbraucher zur vermehrten Verwendung einheimischer Hölzer zu motivieren. Bemängelt wurde darüber hinaus der Zeitraum von 10 Jahren bei der Bodenzustandserhebung. Diese Zeitspanne wird für zu lange angesehen und deshalb vorgeschlagen, die Bodenzustandserhebung im Abstand von fünf Jahren vorzunehmen, um eine zeitnahe Anpassung an die jeweilige Schadenssituation durchführen zu können. Abschließend sei festzustellen, daß es noch keinen Grund zur Entwarnung gebe und die Belastung der Waldböden weiterhin kritisch bleibe.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hob hervor, daß eine grundsätzliche Stabilisierung des Waldzustandes festzustellen sei, jedoch mit der Einschränkung, daß es erhebliche Unterschiede in den Regionen und bei den Baumarten gebe. Auch ein Vergleich zwischen den Ergebnissen der Waldbodenuntersuchungen und der Kronenzustandserhebungen zeige, daß für den Waldzustand keine Entwarnung gegeben werden könne. Ein realistisches Bild des Waldzustandes sei nur durch eine Verknüpfung aller standortrelevanten Daten möglich. Die Bundesregierung werde daher aufgefordert, ein modifiziertes Verfahren bei der Waldschadenerhebung für die Zukunft anzuwenden. Bemängelt wurde darüber hinaus, daß der Waldbodenbericht bis heute nicht dem Parlament überwiesen worden sei. Unter-

stützt wurden die Empfehlungen zur Waldzustandserhebung.

Der Ausschuß hat den Waldzustandsbericht der Bundesregierung 1997 auf Drucksache 13/9442 einstimmig zur Kenntnis genommen.

Der Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. auf Drucksache 13/10535 wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen bei Enthaltung der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS angenommen.

Die Entschließungsanträge der Fraktion der SPD auf Drucksache 13/10539 und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 13/10554 wurden mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS abgelehnt.

Bonn, den 17. Juni 1998

Hans-Ulrich Köhler (Hainspitz)
Berichterstatter

Heidemarie Wright
Berichterstatterin

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0722-8333